



(11) **EP 1 127 930 A1**

(12) **EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG**

(43) Veröffentlichungstag:
29.08.2001 Patentblatt 2001/35

(51) Int Cl.7: **C09D 183/08**

(21) Anmeldenummer: **00103865.2**

(22) Anmeldetag: **24.02.2000**

(84) Benannte Vertragsstaaten:
AT BE CH CY DE DK ES FI FR GB GR IE IT LI LU
MC NL PT SE
 Benannte Erstreckungsstaaten:
AL LT LV MK RO SI

(71) Anmelder: **Franz Kaldewei GmbH & Co.KG**
59229 Ahlen (DE)

(72) Erfinder: **Gerhard, Volker Dr.**
59077 Hamm (DE)

(74) Vertreter: **Albrecht, Rainer Harald, Dr.-Ing. et al**
Patentanwälte
Andrejewski, Honke & Sozien,
Theaterplatz 3
45127 Essen (DE)

(54) **Verfahren zur Herstellung einer schmutzabweisenden Beschichtung und Beschichtungslösung zur Durchführung des Verfahrens**

(57) Verfahren zur Herstellung einer schmutzabweisenden Beschichtung, von Email-, Keramik-, Glas- oder Metalloberflächen oder Kunststoffen, die mit anorganischen/organischen Kompositmaterialien beschichtet sind, wobei ein Gemisch aus zumindest einer ersten Siliciumverbindung mit hydrolysierbaren Gruppen und zumindest einer zweiten Siliciumverbindung, die neben hydrolysierbaren auch nichthydrolysierbare organische Gruppen mit fluorierten aliphatischen und/oder aroma-

tischen Kohlenstoffen enthält, hergestellt wird. Das Mol-Verhältnis von hydrolysierbaren zu nicht hydrolysierbaren Gruppen beträgt $z : 1$, mit $z > 10$. Das Gemisch wird einer Hydrolyse unterworfen. Das Reaktionsgemisch wird mit zumindest einem organischen Lösungsmittel und/oder mit Wasser verdünnt und in verdünntem Zustand so auf das Substrat aufgebracht, dass nach Aushärtung eine Schicht mit einer Schichtdicke von weniger als 100 nm erzeugt wird.

EP 1 127 930 A1

Beschreibung

[0001] Die Erfindung betrifft ein Verfahren zur Herstellung einer schmutzabweisenden Beschichtung, von Email-, Keramik-, Glas- oder Metalloberflächen oder Kunststoffen, die mit anorganischen/organischen Kompositmaterialien beschichtet sind. Gegenstand der Erfindung ist auch eine Beschichtungslösung für die Durchführung des Verfahrens.

[0002] Bei dem bekannten Verfahren der eingangs genannten Art, von dem die Erfindung ausgeht (EP 0 587 667 B1), werden durch Hydrolyse Polykondensate aus einer oder mehreren hydrolysierbaren Siliciumverbindungen gebildet, wobei zumindest ein Teil dieser Siliciumverbindungen neben hydrolysierbaren Gruppen auch nicht-hydrolysierbare kohlenstoffhaltige Gruppen aufweist. Das Gesamtmolverhältnis der hydrolysierbaren Gruppen zu den nicht-hydrolysierbaren kohlenstoffhaltigen Gruppen in den zugrundeliegenden monomeren Ausgangsverbindungen beträgt bei dem bekannten Verfahren 10 : 1 bis 1 : 2. Bei 0,1 bis 100 mol-% der nicht-hydrolysierbaren kohlenstoffhaltigen Gruppen handelt es sich um Gruppen, die durchschnittlich 5 bis 30 Fluoratome aufweisen, die an ein oder mehrere aliphatische Kohlenstoffatome gebunden sind. Bei diesem bekannten Verfahren werden zunächst die Ausgangsverbindungen, die keine der genannten fluorhaltigen Gruppen aufweisen, durch Zugabe von Wasser hydrolysiert und vorkondensiert. Erst danach werden die Verbindungen mit den fluorhaltigen Gruppen zugegeben. Die Zugabe dieser Verbindungen erfolgt erst, wenn der Wassergehalt des Systems nicht mehr als 5 Gew.-% beträgt und nicht mehr als 50 % der theoretisch möglichen Hydroxylgruppen im System vorliegen.

[0003] Die mit dem bekannten Verfahren auf Substraten erzeugbaren Beschichtungen weisen eine Schichtdicke von vorzugsweise 1 bis 100 µm auf. Die vorstehend beschriebene Verfahrensführung ist verhältnismäßig aufwendig. Aufgrund der großen Schichtdicken sind ferner aufwendige Maßnahmen zur Applikation und Härtung optisch einwandfreier Schichten notwendig. Es besteht die Gefahr von Unregelmäßigkeiten, z. B. durch Staubeinschlüsse, die sich auch auf die mechanischen Eigenschaften der Beschichtungen nachteilhaft auswirken können.

[0004] Demgegenüber liegt der Erfindung das technische Problem zugrunde, ein Verfahren der eingangs genannten Art anzugeben, mit dem auf einfache und wenig aufwendige Weise Beschichtungen herstellbar sind, die allen Anforderungen, insbesondere im Hinblick auf das äußere Erscheinungsbild, genügen. Der Erfindung liegt fernerhin das technische Problem zugrunde, eine Beschichtungslösung zur Durchführung des Verfahrens anzugeben.

[0005] Zur Lösung dieses technischen Problems lehrt die Erfindung ein Verfahren zur Herstellung einer schmutzabweisenden Beschichtung, von Email-, Keramik-, Glas- oder Metalloberflächen oder Kunststoffen,

die mit anorganischen/organischen Kompositmaterialien beschichtet sind, wobei ein Gemisch aus zumindest einer ersten Siliciumverbindung mit hydrolysierbaren Gruppen und zumindest einer zweiten Siliciumverbindung, die neben hydrolysierbaren auch nicht-hydrolysierbare organische Gruppen mit fluorierten aliphatischen und/oder aromatischen Kohlenstoffen enthält, mit der Maßgabe hergestellt wird, daß das Mol-Verhältnis von hydrolysierbaren zu nicht-hydrolysierbaren Gruppen $z : 1$, mit $z > 10$, beträgt;

das Gemisch einer Hydrolyse unterworfen wird und das Reaktionsgemisch mit zumindest einem organischen Lösungsmittel und/oder mit Wasser verdünnt wird und in verdünntem Zustand so auf das Substrat aufgebracht wird, daß nach Aushärtung eine Schicht mit einer Schichtdicke von weniger als 100 nm erzeugt wird.

[0006] Erfindungsgemäß wird eine flächige Beschichtung von Oberflächen erreicht, die sich durch optimale physikalische Eigenschaften, wie beispielsweise gute Schmutzabweisung, Abriebfestigkeit der Oberfläche, hohe Temperaturbeständigkeit, auszeichnet. Die Oberfläche besitzt eine niedrige Oberflächenenergie. Die erfindungsgemäß aufgetragenen Beschichtungen weisen auch eine ausgezeichnete Transparenz und Farbneutralität auf. Besondere Bedeutung kommt hierbei der erfindungsgemäßen Verfahrensweise zu, wonach eine Beschichtung mit einer Schichtdicke von weniger als 100 nm erzeugt wird. Diese dünnen Beschichtungen zeichnen sich durch besondere Vorteile aus. Neben der hervorragenden Transparenz zeigen die Beschichtungen ein einwandfreies äußeres Erscheinungsbild. Staubeinschlüsse oder Lufteinschlüsse sind ausgeschlossen. Verschleißspuren sind auch nach längerer Zeit an der Oberfläche der Beschichtung nicht erkennbar. Selbst eine vollständige Entfernung der Beschichtung in Teilbereichen der Oberfläche ist bei den geringen Schichtdicken nicht wahrnehmbar. Dies ist insbesondere für Oberflächen im Sanitär- und Badbereich, wie beispielsweise Bade- oder Duschwannen, Fliesen, Duschabtrennungen, Armaturen und dergleichen, vorteilhaft. Von besonderer Bedeutung ist fernerhin, daß das erfindungsgemäße Verfahren auf sehr einfache und wenig aufwendige Weise durchführbar ist. Im Gegensatz zu dem eingangs erläuterten bekannten Verfahren wird die fluorierte Siliciumverbindung von Anfang an dem Ausgangsgemisch zugegeben und mit den übrigen Ausgangsverbindungen unmittelbar hydrolysiert.

[0007] Die erste Siliciumverbindung weist hydrolysierbare Gruppen auf und ist demnach in der Lage, durch Hydrolyse- und Kondensationsreaktionen ein Siliciumdioxid-Gerüst (SiO_2 -Gerüst) zu bilden. Nach sehr bevorzugter Ausführungsform der Erfindung ist die erste Siliciumverbindung ein Alkoxysilan und/oder ein Halogensilan. Vorzugsweise wird als erste Siliciumverbindung ein Tetraalkoxysilan $\text{Si}(\text{OR})_4$ verwendet (R: Alkylrest). Zweckmäßigerweise wird als erste Siliciumverbindung ein Silan mit vier identischen hydrolysierbaren

Gruppen, bevorzugt vier identischen Alkoxygruppen, beispielsweise Ethoxygruppen, eingesetzt. Eine geeignete erste Siliciumverbindung ist zum Beispiel Tetraethoxysilan $\text{Si}(\text{OC}_2\text{H}_5)_4$. Nach einer weiteren Ausführungsform der Erfindung wird als erste Siliciumverbindung ein Tetrahalogensilan SiX_4 eingesetzt, wobei X vorzugsweise Chlor oder Brom ist. Zweckmäßigerweise wird ein Tetrahalogensilan mit vier identischen Halogengruppen verwendet.

[0008] Erfindungsgemäß wird für die zweite Siliciumverbindung zumindest teilweise ein Silan eingesetzt, das fluoriierte aliphatische und/oder aromatische Kohlenstoffatome in der nicht-hydrolysierbaren Gruppe enthält. Zweckmäßigerweise wird dabei z. B. ein partiell fluoriertes Alkyl-Alkoxysilan $\text{R}^f_x\text{R}'_y\text{Si}(\text{OR})_{4-x-y}$ (R , R' : Alkylrest; R^f : partiell fluorierter Alkylrest) verwendet. Als partiell fluoriertes Alkyl-Alkoxysilan hat sich im Rahmen der Erfindung insbesondere Tridekafluoro-1,1,2,2-tetrahydrooctyltriethoxysilan (CAS [51851-37-7]) bewährt. Zweckmäßigerweise werden als zweite Siliciumverbindung fluoriierte Silane eingesetzt, bei denen Fluoratome an ein oder mehrere aliphatische und/oder aromatische Kohlenstoffatome gebunden sind, welche durch zumindest zwei C-Atome vom Siliciumatom getrennt sind. Nach sehr bevorzugter Ausführungsform ist im Rahmen des erfindungsgemäßen Verfahrens ein Silan mit fluorierten aliphatischen und/oder aromatischen C-Atomen in dem zu hydrolysierenden Gemisch aus den Siliciumverbindungen von vornherein enthalten. Vorzugsweise wird also gleichsam ein Eintopf-Verfahren durchgeführt, während bei dem bekannten Verfahren nach EP 0 587 667 B1 zunächst die übrigen Ausgangsverbindungen hydrolysiert und kondensiert werden, bevor das Silan mit den fluorierten aliphatischen C-Atomen zugegeben wird.

[0009] Nach sehr bevorzugter Ausführungsform der Erfindung ist ein Teil der zweiten Siliciumverbindung ein Silan mit zumindest einem Alkylsubstituenten als nicht-hydrolysierbare Gruppe. Nach einer Ausführungsform wird ein alkylsubstituiertes Alkoxysilan $\text{R}^f_x\text{Si}(\text{OR})_{4-x}$, vorzugsweise ein Alkyltrialkoxysilan $\text{R}^f\text{Si}(\text{OR})_3$, verwendet (R , R' : Alkylrest). Zweckmäßigerweise wird ein Alkyltriethoxysilan, bevorzugt Methyltriethoxysilan (MTEOS) oder Propyltriethoxysilan (PTEOS) als zweite Siliciumverbindung eingesetzt. Nach einer weiteren bevorzugten Ausführungsform der Erfindung ist die zweite Siliciumverbindung ein alkylsubstituiertes Halogensilan $\text{R}^f_x\text{SiX}_{4-x}$ (R^f : Alkylrest).

[0010] Erfindungsgemäß beträgt das Mol-Verhältnis der hydrolysierbaren zu den nicht-hydrolysierbaren Gruppen in den Siliciumverbindungen $z : 1$ mit $z > 10$. Vorzugsweise ist $z < 30$. Das Mol-Verhältnis von hydrolysierbaren zu nicht-hydrolysierbaren Gruppen beträgt bevorzugt $11 : 1$ bis $25 : 1$. Das Mol-Verhältnis bezieht sich im übrigen auf die im Gemisch der monomeren Siliciumausgangsverbindungen vorliegenden hydrolysierbaren bzw. nicht-hydrolysierbaren Gruppen, d. h. auf die vor Durchführung der Hydrolyse vorliegenden

Gruppen.

[0011] Die erfindungsgemäßen Hydrolyse- und Kondensationsreaktionen können entweder sauer oder basisch katalysiert werden. Nach einer bevorzugten Ausführungsform der Erfindung wird die Hydrolyse sauer katalysiert. Die saure Katalyse findet dabei zweckmäßigerweise mit Hilfe von organischen Säuren, beispielsweise Essigsäure, Propionsäure und dergleichen statt. Die saure Katalyse kann auch mit Hilfe von anorganischen Säuren, wie Salzsäure, Schwefelsäure oder Phosphorsäure durchgeführt werden.

[0012] Nach bevorzugter Ausführungsform der Erfindung beträgt das Mol-Verhältnis der eingesetzten Wassermenge zu den hydrolysierbaren Gruppen $0,2 : 1$ bis $2 : 1$. Bei der genannten Wassermenge handelt es sich um das für die Hydrolyse insgesamt zugegebene Wasser. Sehr bevorzugt beträgt das Mol-Verhältnis der eingesetzten Wassermenge zu den hydrolysierbaren Gruppen $0,5 : 1$ bis $1 : 1$. Um die Hydrolysereaktion insbesondere in der Anfangsphase zu beschleunigen kann ein Lösungsmittel eingesetzt werden, in dem sich zumindest zum Teil sowohl die Siliciumverbindungen als auch das für die Hydrolyse beigegebene Wasser lösen. Bei dem genannten Lösungsmittel handelt es sich beispielsweise um den Alkohol, der bei der Hydrolyse und Kondensation der vorzugsweise eingesetzten Alkoxysilane ohnehin freigesetzt wird.

[0013] Nach bevorzugter Ausführungsform wird mit der Maßgabe gearbeitet, daß eine zunächst zweiphasige Mischung aus den Siliciumverbindungen und Wasser mit Fortschritt der Hydrolyse einphasig wird. Es liegt im Rahmen der Erfindung, daß das zunächst zweiphasige Gemisch nach einer Reaktionszeit von 10 Min. bis 90 Min., vorzugsweise von 40 bis 50 Min., beispielsweise 45 Min., aufgrund der fortschreitenden Reaktion und der dabei gebildeten Lösungsmittel einphasig wird. Bei Einsatz geeigneter Lösungsmittelmengen lässt sich die Reaktion auch von Beginn an einphasig durchführen.

[0014] Das hydrolysierte und kondensierte Produkt wird mit zumindest einem organischen Lösungsmittel und/oder mit Wasser verdünnt und im verdünnten Zustand auf das Substrat aufgebracht. Dabei kann die Verdünnung auch mit einem Lösungsmittel/Wasser-Gemisch verwirklicht werden. Zur Verlängerung der Topfzeiten können mit Säuren versetzte Lösungsmittelgemische für die Verdünnung eingesetzt werden. Als organische Lösungsmittel für die Verdünnung des Produktes eignen sich vor allem Alkohole, Ether, Etheralkohole, Ester oder aromatische Kohlenwasserstoffe. Es liegt im Rahmen der Erfindung, dass die verdünnte Lösung maximal 25 Gew.-%, vorzugsweise weniger als 5 Gew.-% des hydrolysierten und kondensierten Produktes enthält. Die Verdünnung der Lösung wird zweckmäßigerweise in Abhängigkeit von dem Verfahren zur Auftragung der Lösung auf das Substrat gewählt.

[0015] Das Aufbringen des Produktes bzw. der Lösung des Produktes als Beschichtung auf ein Substrat bzw. auf die Oberfläche eines Substrates kann grund-

sätzlich mit Hilfe aller üblichen Beschichtungsverfahren erfolgen. Zweckmäßigerweise wird mit einer Tauchbeschichtung, Flutbeschichtung, Sprühbeschichtung, Walzenbeschichtung oder Schleuderbeschichtung gearbeitet. Das Aufbringen der Beschichtung kann auch durch Streichen oder ein Auftragen mit Tüchern erfolgen.

[0016] Gegebenenfalls wird der Lösung des hydrolysierten und kondensierten Produktes zumindest ein Tensid zugesetzt, wobei es sich um ein ionisches oder nichtionisches Tensid handeln kann. Hierdurch können die Verlaufeigenschaften des Produktes sowie die Benetzung der zu beschichtenden Oberfläche verbessert werden. Als Tenside können beispielsweise Natriumlaurylsulfat oder Fluortenside verwendet werden. Vorzugsweise beträgt die Konzentration der Tenside in der anwendungsfertigen Lösung des Produktes 0,01 bis 0,1 Gew.-%.

[0017] Die als Beschichtung aufgebrachte Lösung des hydrolysierten und kondensierten Produktes wird nach dem Aufbringen, vorzugsweise bei erhöhter Temperatur ausgehärtet. Die Aushärtung kann bei Temperaturen zwischen 20 und 350° C zweckmäßigerweise innerhalb eines Zeitraumes von 2 Min. bis 24 Std. erfolgen. Bevorzugt wird die Aushärtung bei Temperaturen zwischen 150 und 280° C und zwar zweckmäßigerweise über einen Zeitraum von 5 bis 30 Min durchgeführt.

[0018] Erfindungsgemäß wird die Beschichtung mit der Maßgabe aufgebracht, dass die resultierende Schichtdicke geringer als 100 nm ist. Nach sehr bevorzugter Ausführungsform der Erfindung wird die Beschichtung mit der Maßgabe aufgebracht, dass die resultierende Schichtdicke geringer als 10 nm ist. Die vorgenannten Schichtdicken beziehen sich dabei auf die bereits ausgehärtete Beschichtung. Diese erfindungsgemäßen Schichtdicken haben sich besonders bewährt. Wenn aufgrund des gewählten Auftragsverfahrens, beispielsweise bei einer Sprühbeschichtung, zu viel Material auf die zu beschichtende Oberfläche aufgebracht wird, läßt sich das überschüssige Material nach erfolgter Aushärtung als feines Pulver beispielsweise mit einem trockenen Tuch abreiben oder aber mit einer geeigneten Flüssigkeit, beispielsweise mit Seifenlösung oder mit organischen Lösemitteln, abwaschen.

[0019] Die Beschichtung kann auf Emailloberflächen, Keramikoberflächen, Glasoberflächen, Metalloberflächen aufgebracht werden. Zweckmäßigerweise werden Oberflächen beschichtet, die über Sauerstoffbrücken Bindungen zu den Siliciumatomen der Beschichtung aufbauen können. Auch mit anorganisch/organischen Kompositmaterialien beschichtete Kunststoffoberflächen eignen sich für die erfindungsgemäße Beschichtung. Hier kann eine chemische Anbindung über die anorganischen Anteile der Kompositschichten erfolgen.

[0020] Gegenstand der Erfindung ist weiterhin eine Beschichtungslösung gemäß Patentanspruch 10. - Nachfolgend wird die Erfindung anhand von Ausführungsbeispielen näher erläutert:

Ausführungsbeispiel 1:

[0021] 37,4 g Tetraethoxysilan und 3,6 g Methyltriethoxysilan sowie 25,5 g Tridekafluoro-1,1,2,2-tetrahydrooctyltriethoxysilan werden zur Hydrolyse und Kondensation mit einer Lösung von 8,4 g 0,01n Salzsäure in 12 g Ethanol versetzt und 45 Min. gerührt. In den monomeren Ausgangsverbindungen beträgt das Mol-Verhältnis von hydrolysierbaren Gruppen zu nicht hydrolysierbaren Gruppen ca. 13,3 : 1. Während der Reaktion wird das zunächst zweiphasige Gemisch einphasig und es tritt eine leichte Erwärmung auf. Anschließend wird die Reaktionsmischung mit einem Gemisch aus 74 g Ethanol und 86 g 0,05n Salzsäure verdünnt (Stammlösung). Je nach der gewünschten Anwendung kann diese Lösung weiter verdünnt werden, beispielsweise mit einem Gemisch aus 50 Gew.-% Ethanol und 50 Gew.-% Wasser. Wenn ein Aufbringen der Stammlösung durch Auftragen mit Tüchern erfolgen soll, wird die Stammlösung zweckmäßigerweise mit dem genannten Ethanol-Wasser-Gemisch so weit verdünnt, bis eine 5 bis 10 Gew.-%ige Lösung erhalten wird.

Ausführungsbeispiel 2:

[0022] 41,6 g Tetraethoxysilan und 30,6 g Tridekafluoro-1,1,2,2-tetrahydrooctyltriethoxysilan werden zur Hydrolyse und Kondensation mit einer Lösung von 8,8 g 0,01n Salzsäure in 10 g Ethanol versetzt und 45 Min. lang gerührt. In den monomeren Ausgangsverbindungen beträgt das Mol-Verhältnis der hydrolysierbaren Gruppen zu den nicht-hydrolysierbaren Gruppen ca. 16,3 : 1. Das zunächst zweiphasige Gemisch wird im Verlaufe der Reaktion einphasig und es tritt eine leichte Erwärmung auf. Anschließend wird die Reaktionsmischung mit einem Gemisch aus 60 g Ethanol und 100 g 0,05n Salzsäure verdünnt (Stammlösung). In Abhängigkeit von der gewählten Anwendungsart kann diese Lösung weiter verdünnt werden, beispielsweise mit einem Alkohol oder mit Wasser oder mit einem Alkohol/Wasser-Gemisch. Beim Aufbringen der Beschichtung durch Auftragen mit Tüchern wird die Stammlösung beispielsweise mit einem 2:1-Gemisch aus Ethanol und Wasser so weit verdünnt, bis eine 5 bis 10 Gew.-%ige Lösung erhalten wird.

Ausführungsbeispiel 3:

[0023] 41,6 g Tetraethoxysilan und 4,1 g Propyltriethoxysilan sowie 10,2 g Tridekafluoro-1,1,2,2-tetrahydrooctyltriethoxysilan werden zur Hydrolyse und Kondensation mit einer Lösung von 16,6 g 0,5n Essigsäure in 20 g Ethanol versetzt und 45 Min. lang gerührt. In den monomeren Ausgangsverbindungen beträgt das Molverhältnis der hydrolysierbaren Gruppen zu den nicht-hydrolysierbaren Gruppen ca. 23 : 1. Das zunächst zweiphasige Gemisch wird im Verlaufe der Reaktion einphasig. Anschließend wird die Reaktionsmi-

schung beispielsweise mit einem Gemisch aus 50 g Ethanol und 50 g Wasser verdünnt. In Abhängigkeit von der gewählten Auftragungsmethode kann diese Lösung weiter verdünnt werden, beispielsweise mit einem Alkohol oder einem Gemisch aus einem Alkohol und Wasser.

Patentansprüche

1. Verfahren zur Herstellung einer schmutzabweisenden Beschichtung, von Email-, Keramik-, Glas- oder Metalloberflächen, oder Kunststoffen, die mit anorganischen/ organischen Kompositmaterialien beschichtet sind, wobei

ein Gemisch aus zumindest einer ersten Siliciumverbindung mit hydrolysierbaren Gruppen und zumindest einer zweiten Siliciumverbindung, die neben hydrolysierbaren Gruppen auch nicht-hydrolysierbare organische Gruppen mit fluorierten aliphatischen und/oder aromatischen Kohlenstoffen enthält, mit der Maßgabe hergestellt wird, daß das Mol-Verhältnis von hydrolysierbaren zu nicht-hydrolysierbaren Gruppen $z : 1$, mit $z > 10$, beträgt,

das Gemisch einer Hydrolyse unterworfen wird und

das Reaktionsgemisch mit zumindest einem organischen Lösungsmittel und/oder mit Wasser verdünnt wird und in verdünntem Zustand so auf das Substrat aufgebracht wird, dass nach Aushärtung eine Schicht mit einer Schichtdicke von weniger als 100 nm erzeugt wird.

2. Verfahren nach Anspruch 1, wobei als erste Siliciumverbindung ein Alkoxysilan und/oder ein Halogensilan eingesetzt wird.
3. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 oder 2, wobei ein Teil der zweiten Siliciumverbindung ein Silan mit zumindest einem Alkylsubstituenten als nicht-hydrolysierbare Gruppe ist.
4. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 3, wobei die Hydrolyse sauer katalysiert wird.
5. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 4, wobei das Mol-Verhältnis der eingesetzten Wassermenge zu den hydrolysierbaren Gruppen $0,2 : 1$ bis $2 : 1$ beträgt.
6. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 5, wobei die Härtung bei erhöhter Temperatur durchgeführt wird.

7. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 6, wobei die Beschichtung mit der Maßgabe aufgebracht wird, daß die resultierende Schichtdicke kleiner ist als 10 nm.

8. Beschichtungslösung zur Durchführung des Verfahrens nach einem der Ansprüche 1 bis 7, mit

einem Hydrolyseprodukt aus der Hydrolyse eines Gemisches aus zumindest einer ersten Siliciumverbindung mit hydrolysierbaren Gruppen und zumindest einer zweiten Siliciumverbindung, die neben hydrolysierbaren Gruppen auch nicht-hydrolysierbare organische Gruppen mit fluorierten aliphatischen und/oder aromatischen Kohlenstoffen enthält, wobei das Mol-Verhältnis von hydrolysierbaren zu nicht-hydrolysierbaren Gruppen $z : 1$ mit $z > 10$, beträgt,

und zumindest einem organischen Lösungsmittel und/oder Wasser.



Europäisches
Patentamt

EUROPÄISCHER RECHERCHENBERICHT

Nummer der Anmeldung
EP 00 10 3865

EINSCHLÄGIGE DOKUMENTE			
Kategorie	Kennzeichnung des Dokuments mit Angabe, soweit erforderlich, der maßgeblichen Teile	Betrifft Anspruch	KLASSIFIKATION DER ANMELDUNG (Int. CL.7)
X	EP 0 776 925 A (NISSAN CHEMICAL) 4. Juni 1997 (1997-06-04) * Anspruch 1 *	1-4,6-8	C09D183/08
X	DE 197 30 245 A (GORE) 21. Januar 1999 (1999-01-21) * Seite 5, Zeile 6 - Zeile 15; Beispiel VGL.8.3 *	1-8	
X	DE 195 35 729 A (HÜLS AG) 27. März 1997 (1997-03-27) * Seite 4, Zeile 26 *	8	
			RECHERCHIERTE SACHGEBIETE (Int. CL.7)
			C09D C04B C03C
Der vorliegende Recherchenbericht wurde für alle Patentansprüche erstellt			
Recherchenort DEN HAAG		Abschlußdatum der Recherche 10. Juli 2000	
		Prüfer Lentz, J	
KATEGORIE DER GENANNTEN DOKUMENTE			
<p>X : von besonderer Bedeutung allein betrachtet Y : von besonderer Bedeutung in Verbindung mit einer anderen Veröffentlichung derselben Kategorie A : technologischer Hintergrund O : nichtschriftliche Offenbarung P : Zwischenliteratur</p> <p>T : der Erfindung zugrunde liegende Theorien oder Grundsätze E : älteres Patentedokument, das jedoch erst am oder nach dem Anmeldedatum veröffentlicht worden ist D : in der Anmeldung angeführtes Dokument L : aus anderen Gründen angeführtes Dokument & : Mitglied der gleichen Patentfamilie, übereinstimmendes Dokument</p>			

EPO FORM 1603 03.82 (P04C03)

**ANHANG ZUM EUROPÄISCHEN RECHERCHENBERICHT
 ÜBER DIE EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG NR.**

EP 00 10 3865

In diesem Anhang sind die Mitglieder der Patentfamilien der im obengenannten europäischen Recherchenbericht angeführten Patentedokumente angegeben.
 Die Angaben über die Familienmitglieder entsprechen dem Stand der Datei des Europäischen Patentamts am
 Diese Angaben dienen nur zur Unterrichtung und erfolgen ohne Gewähr.

10-07-2000

Im Recherchenbericht angeführtes Patentedokument	Datum der Veröffentlichung	Mitglied(er) der Patentfamilie	Datum der Veröffentlichung
EP 776925 A	04-06-1997	JP 9208898 A US 5800926 A	12-08-1997 01-09-1998
DE 19730245 A	21-01-1999	AU 9065798 A WO 9903941 A EP 0996691 A	10-02-1999 28-01-1999 03-05-2000
DE 19535729 A	27-03-1997	KEINE	

EPO FORM P0461

Für nähere Einzelheiten zu diesem Anhang : siehe Amtsblatt des Europäischen Patentamts, Nr.12/82